

Düster bis pessimistisch sind die Prognosen zum Nachrichtenkonsum der Jungen **SEITE 16**

Mit Franz Grüter zieht ein erfolgreicher Unternehmer für die SVP Luzern in den Nationalrat **SEITE 17**

Ordnung für den Hühnerhaufen

Die Christlichdemokraten sehen ihre Zukunft als freche und selbstbewusste Mittepartei ohne Rechtsdrall



CVP-Präsident Christophe Darbellay tritt ab. Die Partei steht vor einer Richtungswahl.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

Die CVP muss sich entscheiden, wo sie sich im Links-Rechts-Spektrum positionieren will. Eine entscheidende Rolle wird dabei die Wahl des neuen Präsidenten im Frühling spielen.

SIMON HEHLI

Angesichts des Debakels von GLP und BDP am vorletzten Sonntag ging ein wenig unter, dass auch die CVP zu den Verliererinnen gehörte. Bei den Nationalratswahlen konnte sie die Abwärtstendenz der letzten 36 Jahre nicht durchbrechen und büsste weitere 0,7 Prozentpunkte ein. Die 11,6 Prozent sind der schlechteste Wert seit der Einführung des Proporzwahlsystems im Jahr 1919. Die Frage stellt sich, wie die Christlichdemokraten in der neuen Legislatur die Trendwende schaffen wollen. Von grosser Bedeutung wird dabei sein, ob eine verstärkte Zusammenarbeit in der Mitte mit BDP und Grünliberalen gelingt – und vor allem, wie sich die Partei im

Links-Rechts-Spektrum positioniert. Verschiedene Medien kamen zum Schluss, dass die CVP-Fraktion allein schon wegen ihrer Besetzung nach rechts gerutscht sei. Doch ein Blick auf die neuen Parlamentarier widerspricht dieser These: Laut ihren Smartvote-Profilen politisieren die beiden Frauen und drei Männer ziemlich genau in der Mitte. Zwar sind mit Lucrezia Meier-Schatz und Jacques Neiryck zwei Vertreter des linken CVP-Flügels nicht mehr dabei; aber auch der rechte Flügel verlor mit Ruedi Lustenberger und Markus Lehmann zwei Exponenten.

Kein Schwenk nach rechts

Die Fraktion scheint also homogener geworden zu sein. Die Frage, auf welche Seite hin sie Allianzen bilden will, ist damit aber noch nicht beantwortet. Obwohl die CVP in den letzten vier Jahren im Nationalrat rund dreimal häufiger in einer Mitte-Rechts-Koalition mit SVP und FDP stimmte als in einer Mitte-Links-Koalition mit SP und Grünen, hat sie sich das Image einer Steigbügelhalte-

rin der Linken eingehandelt. Gerade in den konservativen Stammländern kommt das nicht gut an. Dennoch plädiert nun keiner der CVP-Wortführer für eine Kurskorrektur nach rechts. Gerhard Pfister, der immer wieder für stramm bürgerliche Positionen weilt, warnt davor, noch in diesem Jahr einen Richtungsentscheid zu fällen. «Die CVP ist enorm heterogen, das kann man nicht einfach auf Befehl wegwischen.» Zuerst brauche es eine genaue Analyse, wie die Resultate in den einzelnen Kantonen zustande gekommen seien.

«Rechts gibt es keinen Platz mehr», sagt Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. «Uns zu verbiegen, wäre das Dummste.» Präsidiumsmitglied Martin Candinas betont, die CVP müsse ihrer Linie als breit aufgestellte Volkspartei treu bleiben und sich in der Mitte stärker profilieren. Gelingen soll das durch mehr Einigkeit. Die CVP präsentiert sich oft als Hühnerhaufen, etwa wenn einzelne Mitglieder gegen eine zweite Gotthardröhre opponieren oder die Ehe-Definition in der eigenen Familieninitiative zu Verwerfungen in der Partei

führt. «Wir dürfen uns nicht in Detailfragen verlieren», mahnt Candinas.

Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter wünscht sich, dass die CVP pointierter, frecher und vor allem selbstbewusster auftritt – so wie im Aargau, wo Ruth Humbel bei den Ständeratswahlen nicht einfach den Kandidaten von FDP und SVP das Feld überlässt. «Wir brauchen zudem eine Führungscrowd, die interne Kompromisse schmiedet, mit denen wir in den Räten überzeugen können. Das ist eine Knochenarbeit.» Leisten müssen wird diese vor allem der neue Präsident, den die CVP im April wählt. Diese Personalie wird die Positionierung der Partei entscheidend mitbestimmen.

Pfister polarisiert

Noch mag keiner der möglichen Kandidaten seinen Hut in den Ring werfen. Aber in den Gesprächen fällt oft der Name Gerhard Pfister. «Er wartet nur darauf, dass man ihm den roten Teppich ausrollt», sagt ein Fraktionsmitglied. Mit seinem prononciert rechten Profil könnte Pfister in den Stammländern punkten. Doch der Zuger polarisiert. In einem Beitrag im «Schweizer Monat» schrieb er, die von der eigenen Bundesrätin Doris Leuthard orchestrierte Energiewende habe «an Irrationalismus, Selbstüberschätzung und Technologiefeindlichkeit in der Schweizer Politik neue unrühmliche Massstäbe gesetzt». Ein Nationalrat vom linken Flügel ortet in Pfisters Positionierung ein grosses Konfliktpotenzial. Zudem könne er aufbrausend und verletzend sein. Elisabeth Schneider-Schneiter zeigt sich jedoch überzeugt, dass Pfister als Präsident die nötige Konzilianz zeigen würde.

Christophe Darbellay: noch einmal pokern

Kommentar auf Seite 13

Die sozialliberale Zürcherin Schmid-Federer hingegen wünscht sich, dass der neue Präsident wieder vermehrt Kompromisse zwischen gesellschaftlich konservativen und liberalen Haltungen ermöglicht. Das würde eher für einen Kandidaten aus der Mitte der Partei sprechen. Valable Papabili sind deshalb auch die Ständeräte Konrad Graber, Pirmin Bischof und Stefan Engler sowie Nationalrat Candinas, die alle eine Kandidatur nicht kategorisch ausschliessen.

In Graubünden züngelt eine neue Olympia-Flamme

Regierung unterstützt Kandidatur

pja. Chur Die Idee Olympischer Winterspiele hat in Graubünden nie an Anziehungskraft verloren. Selbst nach dem relativ deutlichen Nein vor zwei Jahren: Im März 2013 verwarfen überraschend 52,66 Prozent der Bündner Stimmberechtigten eine Kandidatur des Kantons für die Winterspiele 2022. Die bürgerlichen Parteien bedauerten die Wirksamkeit der rot-grünen Abstimmungspropaganda und die verpasste Gelegenheit, der darbedenden Bündner Wirtschaft einen wichtigen Impuls zu verleihen.

Heute liegt die kantonale Wirtschaft noch mehr darnieder. Das weitgehende Bauverbot neuer Zweitwohnungen, die wegen des starken Frankens weiter andauernde Tourismus-Flaute und die fallenden Wasserzins-Erträge zeitigen ihre Folgen. Und so züngelt umso höher eine neue Olympia-Flamme: Wie die Bündner Regierung am Montag mitgeteilt hat, will sie die Ausarbeitung einer Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026 unterstützen. Von der offiziellen Lancierung einer Kandidatur ist aber noch nicht die Rede.

Wirtschaftsverbände agieren

Zu seinem Entscheid animiert wurde der Regierungsrat von der Legislative: Einen entsprechenden Auftrag hatten im August 90 der 120 Bündner Grossräte unterzeichnet. Vor allem die Bürgerlichen sehen darin eine unumgängliche Gelegenheit, der Wirtschaft notwendigen Schub zu verleihen. Bessere Vorschläge gebe es nicht, so die Unterzeichner. Deren Wortführer sind CVP-Grossrat Remo Cavegn, der Präsident des Bündner Sportverbandes, sowie sein Ratskollege Heinz Dudli (bdp.), der im Präsidium der Handelskammer und des Arbeitgeberverbandes Graubünden sitzt. Sie rechneten mit der Zusage der Regierung, haben doch die drei Wirtschafts-Dachverbände des Kantons die Ausarbeitung einer Olympia-Bewerbung bereits an die Hand genommen.

Der Anstoss für den Bündner Regierungsrat musste von aussen kommen. Aufgrund des Volksentscheids von 2013 darf er keine Eigeninitiative im Hinblick auf eine neue Olympia-Kandidatur entwickeln. Aber die Regierung hat aus ihrer Enttäuschung über das Nein des Souveräns vor zwei Jahren nie ein Hehl gemacht – daher waren sich die Wirtschaftsverbände ihrer Sache sicher.

Wallis ist Konkurrent

Nun drängt aber die Zeit, was die Ausarbeitung eines Konzepts anbelangt. Die Dachorganisation der Schweizer Sportverbände, die olympische und nichtolympische Sportarten vertreten (Swiss Olympic), möchte nächsten Frühling über valable Kandidaturen befinden. Und Graubünden hat eine ernstzunehmende Konkurrentin: Ende September hat das Wallis seine Kandidatur lanciert, und zwar auf Initiative des FC-Sion-Besitzers Christian Constantin. Dieser Kanton kann wie bei früheren Kandidaturen wohl auch diesmal auf einen wohlgesinnten Souverän zählen.

Aber die Bündner Initianten rechnen sich nun bessere Chancen aus. Die neue Kandidatur wird den Bedenken der Bevölkerung viel besser Rechnung tragen, weil das Internationale Olympische Komitee für die Winterspiele 2026 strengere Kriterien festgelegt hat: Die Wettkämpfe sollen noch dezentraler in mehreren Regionen oder teilweise sogar ausserhalb des Gastkantons stattfinden, wobei vorhandene Sportstätten maximal genutzt werden müssen; zudem würden die betreffenden Gemeinden über mehr Gestaltungsfreiheit verfügen. Generell gilt es, Gigantismus punkto Bauten und Kosten zu vermeiden.

Not macht erfinderisch

Von der dynamischen Mitte ins Zentrum und zurück in die Mitte – die Metamorphosen der CVP im Zeitraffer

René Zeller · «Die CVP ist besorgt über die Schwächung der Mitte. Dies gefährdet konstruktive Lösungen insbesondere in den Bereichen Altersvorsorge, Energiewende und Bilaterale.» Mit diesen Worten quitierte die Partei vor Wochenfrist das Ergebnis der eidgenössischen Parlamentswahlen. Gleichwohl blickte die CVP kämpferisch nach vorn: «Als die Partei der Mitte nehmen wir hier unsere Verantwortung wahr.»

Es ist respektabel, wie sich die CVP prinzipientreu an ihrer Rolle als Kraft des Ausgleichs festhält. Dieses Kostüm schneiderte sich die einstmalige katholisch-konservative Partei selber auf den Leib. Unter der Federführung ihres damaligen Präsidenten Franz Josef Kurmann vollzog die Partei 1971 den Wechsel von der kirchennahen «K»- zur offeneren «C»-Partei. Das damit einher-

gehende Bekenntnis zur «dynamischen Mitte» war zunächst erfolgreich. Die neu erfundene Partei konnte ihren nationalen Wähleranteil in den 1970er Jahren auf klar über 20 Prozent steigern. Seither leidet die CVP aber unter Wählerschwund. Die St. Gallerin Eva Segmüller hatte als erste Frau an der Spitze der Partei keinen leichten Stand. Nach fünfjähriger Amtszeit gab sie den Stab 1992 an den kernigen Innerrhoder Carlo Schmid weiter, dessen wertkonservative Politik parteiintern ebenfalls nur bedingt auf Anklang stiess. Als 1994 der Freiburger Anton Cottier das Ruder des schlingenden CVP-Schiffs übernahm, inszenierte er flugs den «Stapellauf der neuen CVP».

Der Neustart, den Cottier wagte, war nicht nur ambitionös, sondern auch kompliziert. Die «dynamische Mitte» werde

zunehmend falsch interpretiert, urteilte Cottier. Es sei unabdingbar, dass sich die CVP vom Standort zwischen den Polen lösen und ihren eigenen Standort definieren müsse. «Das kann nur im Zentrum sein (was nicht gleichbedeutend mit der Mitte ist). Das Zentrum ist eine eigenständige Politik, von dem die entsprechenden Impulse ausgehen, das aber auch solche vom Umfeld, ob links oder rechts, aufnimmt.»

Auch als Zentrumsparterie verlor die CVP an Schubkraft. 1997 trat mit dem Obwaldner Adalbert Durrer ein Mann an die Spitze der Partei, der stärker als sein Vorgänger im wertkonservativen Milieu verwurzelt war. Als Durrer 2001 überraschend demissionierte, machte er geltend, dass ihn parteiinterne Richtungskämpfe abgenützt hätten. Auch sein Nachfolger, der stramm bürgerliche

Thurgauer Philipp Stähelin, wurde nicht glücklich. Unmittelbar nach der Abwahl von Bundesrätin Ruth Metzler im Dezember 2003 gab er seinen Rücktritt als CVP-Präsident bekannt.

Es schlug die Stunde von Doris Leuthard. Die neue Präsidentin verordnete ihrer Partei Aufbruchstimmung mit dem neuen Etikett «sozial-liberal». Und sie machte aus der Not eine Tugend, indem sie aufhörte, die internen Kontroversen um die richtige Positionierung fortzusetzen. Während Leuthard seit 2006 im Bundesrat als zentrale Mittelfeldspielerin agiert, spielt Christophe Darbellay als CVP-Präsident die gleiche Rolle ausserhalb des Bundesratszimmers. Die taktische Kombination von liberalen, sozialen und konservativen Positionen soll bewirken, dass die CVP zwischen links und rechts unentbehrlich bleibt.